

Bundeskanzler Willy Brandt

Nach der Bundestagswahl im September 1969 bildete Willy Brandt gegen den Willen von Herbert Wehner und Helmut Schmidt, die eine Fortsetzung der Großen Koalition vorgezogen hätten, eine Koalition mit der FDP.



Wahlkampf 1969 in Hamburg

Willy Brandt nach der Wahl 72 mit Walter Scheel, Horst Emke und Egon Bahr

Die sozialliberale Koalition verfügte über eine Mehrheit von nur zwölf Stimmen. Der Bundestag wählte Brandt im Oktober 1969 zum vierten Bundeskanzler in der Geschichte der Bundesrepublik. Stellvertreter des Bundeskanzlers und Außenminister wurde Walter Scheel (FDP)

Brandts Amtszeit ist verbunden mit dem Motto „Wir wollen mehr Demokratie wagen“.

Ein weiteres Thema war die „Neue Ostpolitik“. Hier sollte der Kalte Krieg unter der Losung „Wandel durch Annäherung“ (Egon Bahr) beendet werden. Die „Politik der kleinen Schritte“ half, die Berliner Mauer durchlässiger zu machen.



Willy Brandt Platz in Warschau



Willy Brandt in Israel bei Golda Meir



Willy Brandt Park in Stockholm

Der weltweit beachtete Kniefall von Warschau am 7. Dezember 1970 am Mahnmal des Ghetto-Aufstandes von 1943 leitete symbolisch die Entspannungspolitik ein. 1970 hatte er sich in Erfurt mit dem Vorsitzenden des Ministerrates der DDR Willi Stoph zum ersten deutsch-deutschen Treffen der beiden deutschen Regierungschefs verabredet.



Willy Brandt mit Willi Stoph in Erfurt (1970)



„Willy ans Fenster“



Nobelpreis Urkunde

Für diese Friedenspolitik mit dem Osten erhielt Brandt 1971 den Friedensnobelpreis.

Mit dieser „Neuen Ostpolitik“, die Willy Brandt gemeinsam mit Walter Scheel gegen den entschiedenen Widerstand der Mehrheit der CDU/CSU-Opposition durchsetzte, bemühte er sich um eine „Entspannung in Europa“.

Gleichzeitig ging es ihm um innenpolitische Reformen in der Sozial-, Bildungs- und Rechtspolitik. „Mehr Demokratie wagen“ war das Motto, mit dem Brandt die innenpolitische Stagnation der Nachkriegszeit überwinden wollte.



Studentenbewegung im Haus der Geschichte Bonn



Diese Reformen konnten nur teilweise realisiert werden. Stichwort: Ölkrise 1973 infolge des israelisch-arabischen Krieges. Besonders der sogenannte „Radikalenerlass“ gegen Extremisten im öffentlichen Dienst, der 1972 eingeführt wurde, ist bis heute bekannt geblieben. Brandt selbst hat ihn später als schweren Fehler bezeichnet.

